

**Sperrfrist: 26.01.2012, 17.30 Uhr!!**

**Es gilt das gesprochene Wort!!**

**Rede zur Einbringung des Haushalts 2012 in der Ratssitzung am  
26.01.2012**

Folie 1:

Liebe Ratskolleginnen und –kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

heute lege ich Ihnen den Entwurf des Haushalts 2012 zur weiteren  
Beratung vor.

Unsere Finanzlage hat sich nicht verbessert. Das ist leider nichts Neues.  
Neu ist, dass uns notleidenden Städte nun der Stärkungspakt  
Stadtfinanzen auf unserem Weg in die endgültige Finanz-Verzweiflung  
zumindest ein Stück weit begleiten wird.

Folie 2:

Angesichts der sich aus diesem Pakt ergebenden Sparzwänge werden  
wir uns samt unserer kommunalen Selbstverwaltung genauso wie auf  
dem Foto fühlen:

Vom Sparschwein verschluckt.

Wobei im wahren Leben Sparen ja bedeutet, etwas Geld, das man hat,  
zurückzulegen und halt in dem besagten Sparschwein zu deponieren.  
Bei uns bedeutet Sparen hingegen, weniger von dem Geld auszugeben,  
das wir gar nicht haben.

Denn uns bleibt ja schon jahrelang nichts anderes übrig, als es mit Mark Twain zu halten:

Wir geben aus dem Stadtsäckel nur so viel aus, wie wir auch einnehmen. Und wenn wir uns dafür Geld borgen müssen!

Bei uns heißt borgen einen Kassenkredit aufzunehmen.

### Folie 3:

Der für das Jahr 2012 zu erwartende Fehlbedarf beträgt 18,2 Mio. €.

Die Dramatik der bilanziellen Überschuldung wird uns voraussichtlich im Jahr 2014 treffen.

### Folie 4:

Im Haushaltsjahr 2012 erwarten wir Erträge i. H. von 71,4 Mio. €, denen leider Aufwendungen in Höhe von 89,6 Mio. € gegenüber stehen.

Obwohl uns wie seinerzeit auch schon Wilhelm Busch durchaus klar ist: Mit dem Bezahlen verplempert man das meiste Geld, liegt es leider kaum in unserer Macht, die Aufwendungen noch weiter zu reduzieren. So lange uns Bund und Land immer mehr Aufgaben übertragen, ohne uns mit den dafür erforderlichen Finanzmitteln auszustatten, haben wir da kaum eine Chance!

Beispielsweise zahlen wir für die U3-Betreuung im Jahr 2012 voraussichtlich 750.000 € drauf. Und hier zeigt sich doch die ganze Dramatik unseres Finanzelends!

Denn dieses Geld können wir nur „auf Pump“ aufbringen, also zahlt diese Generation, die heute betreut wird, ihre eigene Betreuung später mit Zins und Zinseszins ab.

Ich kann es daher nicht oft genug betonen:  
Nur eine gute Finanzpolitik ist eine gute Sozialpolitik!

Folie 5:

Wir gehen also für 2012 von einem Defizit in Höhe von 18,2 Mio. € aus. Bei der Aufstellung des letztjährigen Haushaltes wurde ja auch der voraussichtliche Fehlbedarf für das Planungsjahr 2012 i. H. von 15 Mio. € ermittelt.

Mit ca. 18,2 Mio. € überschreitet der Fehlbedarf 2012 den in der Ergebnisplanung des Vorjahres für 2012 prognostizierten Betrag um 3,2 Mio. €.

Lassen Sie mich nun – wie Sie es gewöhnt sind – kurz die wesentlichen Verschlechterungen und Verbesserungen aufführen, die zur Abweichung von der letztjährigen Prognose geführt haben.

Die Kreisumlage inklusive SGB II-Beteiligung ist um gut 1,3 Mio. € höher als bei der Aufstellung des Haushaltes 2011 erwartet.

An Schlüsselzuweisungen erhalten wir knapp 1,2 Mio. € weniger.

Für die bauliche Unterhaltung im Bereich Tiefbau/Sportplätze müssen wir 580.000 €, für den Bereich Hochbau 500.000 € mehr ausgeben.

Erträge aus Grundstücksveräußerungen werden um 460.000 € geringer als erwartet ausfallen.

Für Ausgleichsmaßnahmen gem. § 1 a BauGB müssen wir 270.000 € mehr ausgeben. Hierbei handelt es sich um die Schaffung von Ersatzflächen als Kompensationsmaßnahmen in Baugebieten.

Kosten im Zusammenhang mit Umlegungen Im Grünen Winkel betragen 200.000 € mehr als im letzten Jahr für 2012 prognostiziert.

Kostenerstattungen Dritter für Ausgleichsleistungen gem. BauGB, hier handelt es sich wieder um die Schaffung von Ersatzflächen in Baugebieten, werden um 140.000 € niedriger ausfallen.

Personal- und Versorgungsaufwendungen erhöhen sich um 130.000 €, hauptsächlich durch Zuführungen zu Personalrückstellungen und tarifliche Veränderungen.

Sonstige Mehrbelastungen schlagen mit 520.000 € zu Buche. Hierunter fallen beispielsweise bauliche Unterhaltung von Verkehrsflächen oder Erstattungen an die GKD Recklinghausen.

Diesen zusätzlichen Belastungen stehen aber auch einige Verbesserungen gegenüber.

So steigt der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um gut 1,6 Mio. €, in Höhe von 420.000 € erwarten wir mehr Gewerbesteuern. Schließlich verringert sich die Weiterleitung von Veräußerungserlösen an Dritte um 100.000.

#### Folie 6:

In diesem Jahr planen wir wesentliche Investitionen in Höhe von knapp 7 Mio. €.

Der deutlich größte Teil entfällt wie immer mit 3,5 Mio. € auf Straßenbaumaßnahmen, die Beseitigung von Bahnübergängen und auf die Umgestaltung Hullerner Straße/Lippspieker.

Für 600.000 € führen wir Hochbaumaßnahmen durch, insbesondere sind hier die Errichtung einer Lärmschutzwand im Baugebiet „Elterbreischlag“ und die Neuerrichtung von Asylbewerberunterkünften am „Lorenkamp“ zu nennen.

Als sonstige Baumaßnahmen schlagen die Neuerrichtung des Kleinspielfeldes auf der Sportanlage Hullern, die Errichtung von Bushaltestellen, die Umsetzung von Maßnahmen nach dem Freizeitkonzept, Ausgleichsmaßnahmen gem. BauGB und die Erstattung von Erschließungskosten bei privaten Erschließungsmaßnahmen mit 1 Million € zu Buche.

Der Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens insbesondere der Feuerwehr, des Baubetriebshofes und aus dem Schulbereich wird 1,4 Mio. € in Anspruch nehmen.

Schließlich benötigen wir für den Erwerb von Grundstücken vor allem für die Beseitigung von Bahnübergängen, für vorausschauende Bodenpolitik und für gewerbliche Entwicklung 450.000 €.

#### Folie 7:

Der Personalaufwand im Haushalt 2012 beläuft sich auf insgesamt 22,8 Mio. €. In diesem Ansatz sind 425.000 € enthalten, die wir für das städt. Personal im hiesigen Jobcenter auszahlen, die aber an anderer Stelle im Haushalt als Personalkostenerstattung wieder vereinnahmt werden.

Im Vergleich zum Haushaltsansatz des Vorjahres kommt es insgesamt zu einer Steigerung um 2,9 %.

Dabei ist zu beachten, dass sich diese Steigerung auf den **Personalaufwand** bezieht und somit auch Steigerungen zum Beispiel bei den Pensionsrückstellungen umfasst. Alleine diese Pensionsrückstellungen steigen jährlich im sechsstelligen Bereich, in diesem Jahr um 335.000 €.

Bezogen auf die reinen Personalauszahlungen liegt die Steigerung gegenüber dem Vorjahr bei 1,88 %.

Ob das angesichts der anstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst realistisch ist, bleibt abzuwarten.

#### Folie 8:

Der diesjährige Stellenplanentwurf sieht im Ergebnis eine Reduzierung um vier Stellen vor. Es handelt sich um Stellen von Beschäftigten, welche nach Ende der Altersteilzeit in Rente gegangen sind bzw. in einem Fall um eine Mitarbeiterin, die wegen einer Erwerbsunfähigkeit frühzeitig ausscheiden musste. Sie sehen also, dass die Stadt Haltern am See – den finanziellen Rahmenbedingungen gehorchend – den Weg des kontinuierlichen Stellenabbaus fortsetzt.

Diese Form der Personalpolitik führt aber zu einer Nebenwirkung, die sich mehr und mehr als problematisch erweist. Es gibt in vielen Bereichen der hiesigen Verwaltung keine ausgewogene Struktur mehr zwischen jungen und älteren Bediensteten.

Das Durchschnittsalter der Verwaltung liegt inzwischen bei über 47 Jahren und wird weiter steigen, weil wir ja den Weg des Personalabbaus fortsetzen müssen.

So können auch künftig nur wenige Stellen von ausscheidenden Kräften über Auszubildende oder externe Einstellungen neu besetzt werden.

Es wird für Sie wenig überraschend sein, dass mit zunehmendem Alter die Zahl längerfristiger krankheitsbedingter Ausfälle zunimmt. Dies gilt insbesondere in den Bereichen, in denen körperlich gearbeitet wird. Aber auch im Verwaltungsbereich ist diese Tendenz zu verzeichnen.

Pensions- und Rentenalter mussten aus finanziellen Aspekten angehoben werden, dies bedeutet aber noch nicht, dass die Kolleginnen und Kollegen auch tatsächlich körperlich in der Lage sind, ihre Arbeit bis zum 65., 66. oder gar 67. Lebensjahr zu verrichten.

Wir mussten im letzten Jahr vermehrt Verfahren für eine vorzeitige Verrentung oder Pensionierung angehen. Angesichts der Altersstruktur der Stadtverwaltung dürfte sich diese Entwicklung in den nächsten Jahren fortsetzen. Darüber hinaus stehen aber auch ab dem Jahr 2017 in großer Zahl reguläre Eintritte in den Ruhestand an.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich, wie richtig der Ende 2011 beschlossene Weg ist, eine flächendeckende Produktkritik vorzunehmen. Ohne eine Kompensation der anstehenden Abgänge wird die Verwaltung personell nicht in der Lage sein, das derzeitige Aufgabenspektrum aufrechterhalten zu können. Verwaltung und Politik müssen schon aus diesem Grund jetzt definieren, welche Produkte die Verwaltung weiterhin anbieten soll, an welcher Stelle eine Vergabe an Dritte möglich ist und welche Leistungen gekürzt werden oder vollständig wegfallen können.

#### Folie 9:

Meine Damen und Herren, wenden wir uns nun dem eingangs schon kurz angesprochenen Thema Stärkungspakt Stadtfinanzen zu. Ich bin sicher, hätte es eine entsprechende Umfrage in den Städten und Gemeinden des Landes gegeben, „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ wäre zum Wort des Jahres gekürt worden. Oder zum Unwort, je nachdem.

Als geplante Konsolidierungshilfe des Landes für Gemeinden in schwierigen Haushaltssituationen ist es natürlich begrüßenswert, dass Finanzmittel verteilt werden.

Im Gegensatz zu den bisherigen bemüht sich die aktuelle Landesregierung immerhin, uns zu helfen.

Wenn auch nicht genug, lassen Sie mich das an dieser Stelle bereits deutlich hervorheben. Aus dem Koalitionsvertrag habe ich deutlich mehr herausgelesen.

„Keiner müsse sich kaputtsparen“ lautet die Reaktion von NRW-Innenminister Jäger auf die überall laut werdende Kritik an diesen harten Sparauflagen.

Es werde zwar Einschnitte geben, die auch schmerzlich sein werden, aber die Schließung von Büchereien, Bädern oder gar Kindergärten halte er für unwahrscheinlich. Man müsse halt „andere Einsparmöglichkeiten“ nutzen.

Für mich ist diese Forderung das Gleiche, als wenn ich zu meinem Sohn sagen würde „Wasch Dich bitte, aber mach Dich bloß nicht nass dabei“. Allerdings wüssten wir dann auch beide, dass dies ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Ich frage mich also, weiß Herr Jäger es nicht besser oder ignoriert er – wie viele seiner Vorgänger - die Fakten? Wobei ich es eigentlich müde bin, bei den Entscheidungsträgern zwischen Unwissenheit und Ignoranz gegenüber den Kommunalfinzen unterscheiden zu wollen.

Letztendlich kommt es für uns ja aufs Gleiche raus.

Die Entstehung des „Gesetzes zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen“, kurz Stärkungspaktgesetz, war ein langer Prozess, angefangen mit dem Junkernheinrich-Gutachten, über KompassII-Papier und umfangreiche Expertenanhörungen.

Ich sage auch hier, dass ich mich über das CDU-Papier 3 Jahre früher mehr gefreut hätte.

Das nun beschlossene Gesetz unterscheidet zwischen einer pflichtigen und einer freiwilligen Teilnahme.

Meine Damen und Herren, über die Fakten rund um die pflichtige Teilnahme habe ich Sie in der letzten Sitzung des Hauptausschusses bereits informiert. Heute möchte ich mich auf die freiwillige Teilnahme konzentrieren.

Städte, deren Haushaltsdaten des Jahres 2010 den Eintritt der Überschuldung in den Jahren 2014 - 2016 erwarten lassen, können eine freiwillige Teilnahme an den Konsolidierungshilfen bis zum 31.03.2012 beantragen. Wir erfüllen also die Voraussetzungen und können die Teilnahme beantragen.

Allerdings bedeutet die Antragstellung auf Teilnahme am Stärkungspakt nicht automatisch, dass wir mit dabei sind.

Falls zu viele Städte die freiwillige Teilnahme beantragen, wählt die Bezirksregierung nach pflichtgemäßem Ermessen aus.

Entscheidungskriterium soll die Intensität der Haushaltsnotlage sein.

Also in etwa die Wahl zwischen „schlimm“, „sehr schlimm“ oder „ganz ganz schlimm“.

Wird unserem Antrag stattgegeben, gelten dann im Prinzip dieselben Auflagen wie für die pflichtig teilnehmenden Kommunen.

Sie müssen also im Haushaltssanierungsplan darstellen, wie ein Haushaltsausgleich erreicht wird. Nur dass dieser Haushaltsausgleich erst etwas später, nämlich ab dem Jahr 2018 erreicht sein muss.

Für die freiwillig teilnehmenden Kommunen stehen im Jahr 2012 aber lediglich 65 Mio. Euro, in 2013 115 Mio. Euro und ab 2014 jährlich 310 Mio. Euro zur Verfügung.

Diese Mittel werden in 2012 und 2013 durch einen Abzug bei der Finanzausgleichsmasse der Gemeindefinanzierungsgesetze (GFG) finanziert, mit anderen Worten also innerhalb der kommunalen Gemeinschaft "umverteilt", also unser eigenes Geld.

Ab dem Jahr 2014 steht zwar die Höhe der zur Verfügung stehenden Gelder fest, die Art der Finanzierung derselben ist aber noch offen, sie soll "nach Maßgabe der jeweiligen Gemeindefinanzierungsgesetze" erfolgen.

Da deutet sich schon wieder Ungemach an. Verlässlichkeit sieht anders aus.

Nach Hochrechnungen der Kämmerei könnten wir ab 2014 Konsolidierungshilfen von etwa 3,4 Mio. Euro erhalten, in 2012 und 2013 entsprechend gekürzt.

Bei angenommenen 20 Mio. Haushaltsdefizit verbleiben selbst bei voller Konsolidierungshilfe noch ca. 17 Mio., die konsolidiert werden müssten. Dies würde bedeuten, dass bis 2018 Jahr für Jahr neue Einsparpotentiale in Höhe von 3 bis 4 Millionen erschlossen werden müssten, um schließlich 2018 beim Haushaltsausgleich mit Einbeziehung der Konsolidierungshilfe zu landen.

Und auch nur dann, wenn beispielsweise keine anderen Verschlechterungen wie Erhöhung der Kreisumlage dazu kommen.

Meine Damen und Herren, dieser Rat hat doch in den letzten Jahren nicht geschlafen. Vielmehr haben wir durch Konsolidierungsmaßnahmen rausgeholt, was aus eigener Kraft nur zu schaffen war.

Da ist es doch völlig utopisch anzunehmen, dass wir nun plötzlich eine Möglichkeit haben, den Vorgaben des Stärkungspaktes entsprechend die verlangten Einsparpotentiale zu erschließen.

Allerdings stehen den am Stärkungspakt teilnehmenden Städten ja auf Wunsch auch Mitarbeiter der Gemeindeprüfungsanstalt zur Seite, um neue Einsparpotenziale aufzuspüren. Das wird sehr spannend werden, ob und vor allem welche Sparmöglichkeiten noch gefunden werden. Wir lassen uns da jedenfalls gerne helfen. Zumal wir ja sowieso unabhängig vom Stärkungspakt schon entschieden haben, uns von der GPA bei der Produktkritik begleiten zu lassen.

Meine Damen und Herren, Ihnen ist genauso klar wie mir, dass das Geld aus dem Stärkungspakt allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Hier werden vergebliche Hoffnungen auf Rettung geweckt, es steht zu befürchten, dass die Gelder in dem enormen Schuldenloch der NRW-Städte nahezu wirkungslos verschwindet.

Denn das Kernproblem bleibt weiter bestehen, wird uns weiter nahezu handlungsunfähig und den Haushaltsausgleich unmöglich machen: Unsere Einnahmen, also vor allem der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, die Zuweisungen aus dem GFG und die Gewerbesteuern reichen nach wie vor hinten und vorne nicht zur Deckung der Ausgaben!

Wir bleiben weiterhin unterfinanziert!

Die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) hat den Grundsatz der intergenerativen Gerechtigkeit gestärkt. Jede Generation soll die Ressourcen, die sie verbraucht, auch erwirtschaften. Und genau das tun wir nicht. Wir erwirtschaften ein immer höheres Defizit, das wir dann mit Kassenkrediten zu Lasten der nachfolgenden Generationen finanzieren.

Dieser Stärkungspakt wird spöttisch oft als „Schwächungspakt“ bezeichnet. Mich erinnert er an die Fisherman's Friend Werbung: Ist er zu stark, bist Du zu schwach.

Jawohl, meine Damen und Herren, wir notleidenden Städte sind nach Jahren mit mangelhafter Finanzausstattung längst zu schwach, als dass uns dieser Stärkungspakt mit all seinen Anforderungen wirklich helfen bzw. stärken könnte!

2011 befanden sich 144 NRW-Städte in der Haushaltssicherung, Anfang 2011 durchstießen die NRW-Kommunen bei den Kassenkrediten erstmals die Schallmauer von 20 Milliarden Euro. Unsere Halterner Kassenkredite betragen aktuell 75 Mio. €.

Ja, wir sind ganz bestimmt zu schwach!

Folie 10:

Meine Damen und Herren, ein anderes Thema: Es hat Sie nicht überrascht, dass auch 2012 unsere Erträge bei weitem die Aufwendungen nicht decken.

Da der Großteil unserer Aufwendungen fremdbestimmt ist und wir nach Jahren der Haushaltskonsolidierung die von uns beeinflussbaren Aufwendungen weit möglichst runtergeschraubt haben, bleibt zur Verbesserung der Haushaltslage nur die Erhöhung der Erträge. Aus diesem Grund haben wir ja auch im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit die Realsteuerhebesätze kreisweit auf nahezu einheitliche Werte angehoben.

Eine der wenigen Möglichkeiten, weitere Erträge zu erzielen bzw. zu erhöhen, stellt die Ausweisung von Gewerbegebieten nebst damit einhergehenden Grundstücksverkäufen dar.

Mit der aktuellen Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes werden die Entwicklungsperspektiven unserer Stadt für die nächsten 20 Jahre beschrieben.

Hier wird unter anderem festgelegt, wo in den nächsten Jahren neue Gewerbe- und Wohngebiete entstehen könnten.

Eine zentrale Aufgabe ist die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Ansiedlung attraktiver Arbeitsplätze bzw. für die Sicherstellung der Entwicklungsmöglichkeiten vorhandener Betriebe.

Nicht ausschließlich das quantitative Flächenangebot, sondern vielmehr die Qualität ist entscheidend für die Standortwahl. Hochwertige Flächenangebote sind Voraussetzung für Neuansiedlungen und Erweiterungswünsche von Unternehmen. Wir müssen nach wie vor auch an die Schaffung neuer Arbeitsplätze denken.

Denn die Emscher-Lippe-Region, zu der politisch ja auch unsere schöne Stadt gehört, ist gekennzeichnet durch wirklich schlechte Zahlen hinsichtlich der Arbeitsplatzdichte und der Höhe der Soziallasten. Bundesweit stehen wir da sehr schlecht da.

Diese mangelnde Arbeitsplatzdichte und die nicht zuletzt daraus resultierenden hohen Soziallasten sind das Kernproblem dieser Region und deutliches Zeichen dafür, dass der vielbeschworene Strukturwandel noch lange nicht geschafft ist.

Wie vor diesem nun wirklich nicht unbekanntem Hintergrund der Umweltminister unseres Landes, Johannes Remmel, ernsthaft auf die Idee kommen kann, keine Gewerbegebiete mehr zulassen zu wollen, ist mir unbegreiflich. Denn nur so können doch Grundlagen für zusätzliche Beschäftigung überhaupt geschaffen werden!

Wenn Herr Remmel also mit den Bürgermeistern der Region laut Zeitungsartikel in den Clinch gehen will, stehe ich zur Verfügung. Ich bin nämlich nicht bereit, die kommunale Planungshoheit aufzugeben und die Entwicklung der Stadt einzustellen.

Denn nur durch zusätzliche Arbeitsplätze können die Grundlagen für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzsicherheit geschaffen werden. Damit wir endlich runterkommen von dem, was diese Region ansonsten zu erdrücken droht:

Die hohe Sozialkostenbelastung.

Wer sich ärgert, büßt die Sünden anderer Menschen, sagte einst Konrad Adenauer. Trotzdem, ich ärgere mich über solche Äußerungen eines politisch Verantwortlichen, der uns bei unseren Bemühungen, unsere Finanzsituation zu verbessern, Knüppel zwischen die Beine werfen will!

Nicht vergessen sollten wir, dass der Innenminister, der uns zu strengem Sparen und Haushaltsausgleich anspornt, und NRW-Umweltminister Remmel, der uns Grundlagen zur Einnahmenerhöhung verwehrt, der gleichen Landesregierung angehören!

Überhaupt scheint den einzelnen Mitglieder der rotgrünen Landesregierung eine gemeinsame Linie in ihrer Politik für uns Kommunen nicht so recht bekannt zu sein.

Denn auch das unlängst noch verkündete und durch eine Landesbürgerschaft untermauerte Interesse der Landesregierung an der Verwirklichung des Newparks passt so gar nicht zu den Äußerungen des Ministers Remmel.

Die Rettung der Kommunen muss endlich Querschnittsaufgabe der Landesregierung sein. Es ist kein isoliertes Problem der Ministerpräsidentin, des Innenministers oder des Finanzministers.

Ich bin aber gerne bereit, Minister Remmel bei einer anderen Aussage, die er bei dem gleichen Termin hier in Haltern am See getroffen hat, beim Wort zu nehmen. Und zwar hinsichtlich seiner Forderung, zur Vermeidung weiteren Flächenverbrauches Altlastenflächen zu sanieren.

Mit dem Standort AV 8 auf Halterner und Marler Stadtgebiet und dem Standort AV ½ auf Halterner Stadtgebiet haben wir zwei Flächen, für die nach dem Auslaufen des Bergbaus eine Nachfolgenutzung ansteht. Für diese Standorte sieht die Regionalplanung nach Aufgabe der bergbaulichen Nutzung aber explizit eine Freiraumnutzung vor. Da ein Rückbau der bestehenden Infrastruktur und Hochbauten insbesondere am Standort AV 8 nicht sehr sinnvoll ist, haben wir verwaltungsintern bereits alternative Planungsideen entwickelt.

Wir könnten uns hier unabhängig von regionalen Überlegungen eine gewerbliche Nachfolgenutzung für sogenannte „Blaumann-Arbeitsplätze“ sehr gut vorstellen. Erste Gespräche mit der Stadt Marl und der Eigentümerin Ruhrkohle AG lassen erkennen, dass ein interkommunales Gewerbegebiet hier ein gemeinsames Ziel sein kann.

Für den Standort AV ½ mit seiner ebenfalls gesicherten Infrastruktur sieht die Regionalplanung eine Rückführung der Fläche an den Freiraum bzw. den Wald vor.

Aber gerade diese Fläche hat aus unserer und auch aus Sicht der Ruhrkohle AG das Potential für eine energetische Folgenutzung, z. B. für Windkraftanlagen.

Aufgrund der Bestrebungen der Landesregierung, bestimmte Waldbereiche für Windenergieanlage zu öffnen, frage ich – durchaus provokant – ob AV ½ nicht als „kyrill-ähnliche“ Fläche betrachtet werden und tatsächlich für Windenergieanlagen zur Verfügung gestellt werden kann.

Dem muss ja nicht entgegenstehen, dass aus neuen Anpflanzungen im Laufe der Jahre unter diesen Anlagen Wald entstehen kann.

#### Folie 11:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie erinnern sich bestimmt noch gut an den Schock aus dem letzten Jahr: 2011 hatten wir 6,2 Mio. € Schlüsselzuweisungen weniger erhalten als 2010, nämlich nur noch 4,7 Mio. €. Dies waren pro Einwohner 126 €, wie Sie sehen mit Abstand der geringste Wert aller kreisangehörigen Städte.

In diesem Jahr erhalten wir immerhin eine Abmilderungshilfe, die das Land uns zugestanden hat. Sonst hätten wir durch die weitere Umstellung der Berechnungssystematik im GFG erneut einen Schuss vor den Bug erhalten.

Insgesamt bekommen wir somit dieses Jahr 6,6 Mio. € an Schlüsselzuweisungen.

Die Abmilderungshilfe beträgt 1,7 Mio. €, immerhin besser als nichts, und wird leider nur in diesem Jahr einmalig gezahlt.

#### Folie 12:

Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Erträge reichen bei weitem nicht aus, die Aufwendungen zu decken, die hohen Soziallasten drohen uns zu erdrücken.

Ich hatte gerade dargestellt, dass wir pro Einwohner 126 € Schlüsselzuweisungen erhalten. Hingegen müssen wir für Soziallasten 2011 insgesamt 11,8 Mio. € aufbringen.

Das sind pro Einwohner 313 €!

Natürlich sind sowohl die Schlüsselzuweisungen als auch die Soziallasten jeweils nur ein Teil unserer Erträge bzw. Aufwendungen. Aber bei diesem Verhältnis wird sehr wohl deutlich, dass unsere Finanzausstattung hinten und vorne nicht passen kann!

### Folie 13:

Wer das Finanzelend der Städte aus dem Kreis Recklinghausen näher betrachtet, trifft oft früher oder später folgende Aussage:

Bei Euch in Haltern am See ist es doch noch nicht sooooo schlimm.

Nun, auf den ersten Blick betrachtet durchaus richtig.

Diese Darstellung zeigt aber ein ganz anderes Bild. Hier sehen Sie die Unterdeckungsquoten der kreisangehörigen Städte für das Haushaltsjahr 2011.

Unterdeckungsquote bedeutet, das Defizit wird in Prozent zum Gesamtaufwand dargestellt. Hätte also beispielsweise eine Stadt 100 Mio. € Gesamtaufwand und ein Defizit von 20 Mio. €, so hätte sie eine Unterdeckungsquote von 20 %.

Wie Sie erkennen hat Haltern am See mit 26,01 % die zweithöchste Unterdeckungsquote nach Castrop-Rauxel!

### Folie 14:

Meine Damen und Herren, eins steht fest: Auch der Stärkungspakt Stadtfinanzen wird die katastrophale Unterfinanzierung der Städte und deren stetigen Weg in die Überschuldung nicht beenden.

Die verfassungsgemäß garantierte kommunale Selbstverwaltung, für deren Ausübung Sie und ich von den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt gewählt wurden, wird immer mehr eingeschränkt, Ende offen.

Der parteiübergreifende Mut der Verantwortlichen in den Rathäusern des Kreises, ihre eigene Landesregierung auf eine angemessene Finanzausstattung zu verklagen, wurde leider nicht belohnt.

Sämtlicher Nackenschläge zum Trotz werde ich weiter jede Chance ergreifen, für unsere Stadtfinanzen jeden auch nur ansatzweise erfolgversprechenden Kampf zu führen.

Nicht weil ich das möchte, sondern weil es nötig ist, damit diese schöne Stadt auch schön und vor allem lebenswert bleibt.

Und ich glaube daran und vertraue darauf, Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wie bisher dabei an meiner Seite zu wissen.

Selbstverständlich stehen Anne Schlüter, ihre Mitarbeiter und auch ich Ihnen in den Fraktions- und Ausschussberatungen der kommenden Wochen zur Verfügung.

Ein altes Sprichwort sagt, kurz vor der Dämmerung ist es am dunkelsten. Nun, für meinen Geschmack ist es hinsichtlich unserer Finanzen bereits sehr dunkel.

Wir könnten alle etwas Dämmerung gut vertragen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!